

Die wirtschafts- und finanzpolitische Debatte stellt alles auf den Kopf, sogar die Regeln der Logik

Beliebigkeit als Prinzip

Von Heiner Flassbeck

Mit welcher Steuerpolitik soll die Arbeitslosigkeit bekämpft werden? Nach welchem Modell sollen die Steuern gesenkt werden? Und wie soll dies finanziert werden? Heiner Flassbeck, Chefökonom von UNCTAD, plädiert für eine stärkere staatliche Nachfragepolitik. Denn: Öffentliche Sparpolitik führt nicht aus der Schuldenfalle heraus, sondern geradewegs in sie hinein. Wenn der Staat spart, geben auch die privaten Haushalte und die Unternehmen weniger aus. Am Ende sinken die Gewinne der Unternehmen exakt um jeden Euro, der eingespart wird.

Das sind schon erstaunliche Zeiten. Eine große Beliebigkeit hat in der Wirtschaftspolitik Platz gegriffen. Die Arbeitslosigkeit steigt, die Beschäftigung sinkt und Unternehmen senken zuhauf die Arbeitszeit ihrer Mitarbeiter, weil sie nicht genügend Arbeit anbieten können. Die Politik aber diskutiert unverdrossen Arbeitszeitverlängerung als Geheimrezept zur Überwindung der Krise, ohne massiven Widerspruch von der Mehrheit der „Fachleute“ zu ernten. Die Einnahmen der Renten- und Krankenversicherung fallen, weil die Zahl der mit voller sozialer Absicherung Beschäftigten dramatisch sinkt. Die Politik aber diskutiert bei der Rentenversicherung Maßnahmen gegen die Alterung der Gesellschaft, die erst in 30 Jahren zu erwarten ist und dann zu steigenden Ausgaben führen dürfte, ignoriert das heutige Problem aber vollständig. Im Gesundheitssystem werden alle möglichen Maßnahmen erwogen, um eine Kostenexplosion einzudämmen, die es gar nicht gibt, während die akute Einnahmeplosion überhaupt nicht zur Kenntnis genommen wird.

Die „räuberische Globalisierung“¹ wird auch 15 Jahre nach Beginn der berühmten Standortdiskussion noch zum Vorwand genommen, den Sozialstaat zu demontieren, obwohl kein Land der Welt besser mit der Globalisierung zurecht gekommen ist als Deutschland in den 90er Jahren. Die Exporterfolge sind gerade seit der Öffnung der Berliner Mauer spektakulär. Der Titel eines „Exportweltmeisters“, den Deutschland – trotz seiner im globalen Maßstab geringen Wirtschaftskraft – 2002 wieder erringen konnte, sollte die Dimension des Unfugs, der mit der scheinbaren Bedrohung durch die Globalisierung getrieben wird, eigentlich für jeden ersichtbar machen.

Es gibt aber keine ökonomische Sau, die nicht – unter tosendem Beifall der „Fachleute“ – durch's deutsche Dorf getrieben werden dürfte. Neben der Wissenschaft sind auch die Medien weitgehend gleichgeschaltet und alle paar Wochen wird, immer von den gleichen Zirkeln, eine neue „Initiative“ gegründet, die nichts anderes zum Ziel hat, als die ohnehin verbreiteten Vorurteile noch einmal unter Einsatz von viel Geld zu verstärken.

Steuersenkung vom Himmel?

Ein wunderbares Beispiel für die große Beliebigkeit ist die Steuerpolitik. Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, sollen die Steuern für alle gesenkt werden, aber dafür soll niemand bezahlen. Eine große deutsche Volkspartei beschließt im Herbst 2003 allen Ernstes, für Steuersenkungen zu sein, wenn diese solide finanziert sind. Was das aber bedeutet, sagt sie nicht, weil sie Vorschläge zur Finanzierungsfrage von Seiten der Regierung abwarten wollen. Wie kann man für eine Steuersenkung sein, ohne zu wissen, wie sie finanziert wird? Die Vorsitzende dieser Partei hat laut einem deutschen Nachrichtensender gar „unterstrichen, dass die Steuern wirklich sinken müssen, es dürfe weder von einer Tasche in die andere gewirtschaftet werden, noch dürften höhere Schulden gemacht werden“.

Ob etwas überhaupt geht, ob es gegen die fundamentalsten Grundsätze der Logik verstößt, ob es alles Erfahrungswissen auf den Kopf stellt, solche Fragen werden im neuen deutschen Reformeifer nicht mehr gestellt, und die Ökonomie als Wissenschaft fordert die Politik auch nicht mehr dazu auf, wenigstens die Grundgesetze der Logik einzuhalten. Wer eine ganz neue Dimension des Wirtschaftens entdeckt, nämlich das Himmelsge-

schenk, sollte entweder für den Nobelpreis für Ökonomie vorgeschlagen werden, oder von der Zunft der Ökonomen für verrückt erklärt werden. Beides aber geschieht nicht.

Selbst bei den etwas seriöseren Kommentaren fragt man sich häufig, ob in diesen Zeiten die fundamentale Logik mit reformiert wird, so dass sie ein altmodischer Mensch nicht mehr verstehen kann. Das geht etwa so: Wenn die Steuersenkung durch Steuererhöhungen an anderer Stelle finanziert werden soll, ist es ganz schlecht, sind die Wirkungen im Zweifel sogar negativ. Schulden machen gilt als Steuererhöhung für die Zukunft und scheidet damit unmittelbar hinter anderen Steuererhöhungen aus. Steht die Streichung von Steuervergünstigungen und von Subventionen dagegen, ist es schon viel besser, weil ja etwas „negatives“ wegfällt. Eindeutig am besten ist es, wenn der Staat gar nicht richtig „gegenfinanziert“, sondern einfach „eisern spart“.

Früher, in den dunklen Zeiten der Nachkriegswirtschaft, gab es mal eine Disziplin in der Ökonomie, die hieß Finanzwissenschaft. Jeder mittelmäßige Student im dritten Semester dieses Faches hätte durchdeklinieren können, wie abwegig solche Vermutungen sind, weil sie die Nachfrageeffekte der Steuersenkung und ihrer Finanzierung einfach ausblenden oder verzerren. Heute aber beschäftigen sich die Größen dieses Faches mit richtiger Wissenschaft, nämlich mit Gleichgewichtsmodellen, die mindestens bis ins Jahr 2100 reichen. Diese Koryphäen können uns genau sagen, wie sehr in ihrem Modell die siebte Generation nach uns belastet wird, wenn wir heute die Rente nicht um 4 Prozent senken, sondern nur um 2 Prozent. Nur wie die Steuerreform bei unterschiedlicher Finanzierung im nächsten Jahr wirkt, das wissen sie leider nicht mehr.

Dabei ist es ganz einfach: Die Steuersenkung, so wie sie konzipiert ist, entlastet wegen der massiven Senkung des Spitzensteuersatzes vor allem höhere Einkommen. Das mag man richtig finden oder nicht, darauf kommt es aber gar nicht an. Entscheidend ist, dass diese Einkommensbezieher eine höhere Sparquote haben als Haushalte mit geringem Einkommen. Zwischen Null Prozent bei

Welchen wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs soll die Bundesrepublik steuern? Über den richtigen Weg zum Abbau von Arbeitslosigkeit und für eine neue Steuerpolitik bestehen erhebliche Meinungsverschiedenheiten.

Foto: Manfred Vollmer



Arbeitslosen und 25 Prozent bei den höchsten Einkommenskategorien streut diese Quote. Von der Entlastung fließt bei hoher Sparquote also relativ wenig unmittelbar in den Kreislauf der Wirtschaft zurück und damit auf die Konten der Unternehmen.

Will man etwas über die Gesamtwirkung der Maßnahmen sagen, muss man folglich zunächst die Sparquote der entlasteten Haushalte mit der der belasteten Haushalte vergleichen. Immer belastet ist im ersten Schritt der Staat, weil er das Geld nicht vom Himmel nehmen kann. Der Staat hat bei seinen eigenen Ausgaben eine Sparquote von Null, weil er bei unveränderter Verschuldung alles, was er einnimmt, wieder ausgibt. Nimmt er sich sozusagen selbst Geld weg, indem er bei öffentlichen Investitionen spart, hat die Steuersenkung per Saldo sicher negative Auswirkungen auf die Gewinne der Unternehmen, weil jetzt ein weit größerer Anteil des Geldes gespart wird und den Unternehmen nur über verzinsten Bankkredit zur Verfügung steht. Nimmt der Staat das Geld Haushalten mit geringem Einkommen und geringer Sparquote weg, also Sozialhilfeempfängern oder Arbeitslosen, sinken wiederum die Gewinne der Unternehmen, weil die Nachfrage insgesamt sinkt.

Unklar ist die Wirkung bei den berühmten Subventionen, weil nicht klar ist, was unsere Politiker damit meinen. Die meisten Subventionen aber sind Zuschüsse des Staates, die zu 100 Prozent wieder ausgegeben werden, so dass ihre Kürzung natürlich negative Folgen hat. Wohlgemerkt, diese negativen Folgen treten nicht nur bei den unmittelbar Betroffenen auf, sondern bei all denen, die wirtschaftliche Beziehungen mit den Subventionsempfängern haben. Streicht man also Subventionen bei der Landwirtschaft, kaufen die Bauern weniger Traktoren und Autos, so dass die Gewinne der Hersteller dieser Fahrzeuge sinken. Es kommt also nicht darauf an, ob die Subventionen langfristig Gutes oder Böses tun, für die Wirkung der Steuerreform ist entscheidend, wie das Ausgabeverhalten der negativ und positiv Betroffenen ist. Steigt das Einkommen aller Spitzenverdiener in Deutschland und sinkt das der Subventionsempfänger in den unteren Einkommenschichten, ist die Gesamtwirkung eindeutig negativ.

Das Gleiche gilt natürlich bei einer Steuersenkung der Schröderschen Art, die durch Steuererhöhungen finanziert wird, die vor allem untere Einkommen belastet, wie etwa die

Mehrwertsteuer. Eindeutig positiv sind die Wirkungen des Vorziehens selbst dieser mit geringem Wirkungsgrad versehenen Steuerentlastung nur, wenn sie weitgehend durch die Aufnahme neuer Schulden finanziert wird, weil dann keine unmittelbaren Entzugseffekte an anderer Stelle auftreten.

Das, werden nun die Koryphäen der Finanzwissenschaft sagen, sind ja nur die kurzfristigen Wirkungen, langfristig ist alles viel komplizierter. Weil wir nachgerade nichts über die lange Frist wissen, ist dieser Einwand natürlich so berechtigt wie langweilig. Der Einwand dient allerdings nur noch der Volksverdummung, wenn mit Verweis auf die kom-

plexen lange Frist die kurze Frist nicht einmal mehr diskutiert wird. Mit welcher Berechtigung wird der Politik, die im Dunkeln durch den Wald tappt, eine Lampe, die wenigstens die nächsten drei Schritte erhellen könnte, vorenthalten?

plexen lange Frist die kurze Frist nicht einmal mehr diskutiert wird. Mit welcher Berechtigung wird der Politik, die im Dunkeln durch den Wald tappt, eine Lampe, die wenigstens die nächsten drei Schritte erhellen könnte, vorenthalten?

bank in Frankfurt geht, hätte die Eichelsche Sparpolitik direkt ins Paradies der staatlichen Schuldenfreiheit geführt und nicht in den Schuldurm. Nach den Vorstellungen, die von maßgeblichen Mitarbeitern der Kommission und der Zentralbank landauf, landab verkündet werden, honoriert der Bürger nämlich die Sparbemühungen, die der Staat unternimmt, durch eigene Mehrausgaben, gleicht also aus, was der Staat an Sparanstrengungen unternimmt.

Diese modernen Eurokraten berufen sich auf eine uralte Theorie, die dem vor 200 Jahren wirkenden britischen Ökonomen David Ricardo zugeschrieben wird. Danach weiß der Bürger genau, ob ein Finanzminister Schulden machen will oder solide ist und richtet sein Verhalten dementsprechend ein. Steigen die staatlichen Defizite, weil der Staat das Geld mit den Händen herauswirft, sparen die Bürger um so mehr, denn sie wissen, dass bald die Steuern steigen werden und wollen dafür gewappnet sein. Folglich funktioniert das staatliche Geldausgeben nicht, weil das private Sparen die öffentliche Verschwendung ausgleicht.

Was diese Theorie leider nicht erklären kann: Warum geben die Leute kein Geld aus, wenn einer wie Eichel Finanzminister ist, der jeden Cent dreimal herumdreht, fünf Sparschweine auf seinem Schreibtisch stehen hat und konkrete Steuersenkungen sogar schon unterwegs sind? Warum brechen genau dann die staatlichen Einnahmen weg, als Eichel die Staatsausgaben herunterfährt? Woran halten sich die Menschen in ihren Einschätzungen, wenn nicht an dem von Eichel von Anfang an verkündeten Ziel, die Neuverschuldung auf Null zu bringen?

Wenn man das alles nicht erklären kann, ist vielleicht die Theorie einfach falsch. In der Tat beruht die Ricardo-Doktrin auf der geradezu lächerlichen Fiktion, der Durchschnittsbürger wüsste aufgrund eines Blickes auf die heutige Entwicklung der Staatsausgaben einzuschätzen, wie groß seine Steuerbelastung in zehn oder 20 Jahren sein wird. Mehr noch, man nimmt an, er könne aus der zukünftigen Steuerbelastung ableiten, wieviel er heute konsumiert oder spart, obwohl er über sein Gesamteinkommen in der Zukunft rein gar nichts weiß. Dass die wichtigsten wirtschaftspolitischen Institutionen in Europa mit einer solchen These operieren, ist so, als ob die Chirurgen in der Charité unterstellen, der



Mit Sparpolitik in die Schuldenfalle ²

Inzwischen müssten es auch die hartleibigsten Schuldenfresser begreifen: Sparpolitik führt nicht aus der „Schuldenfalle“ heraus, sondern geradewegs in sie hinein. Man kann Hans Eichel vieles vorwerfen, aber daß er es nicht versucht hätte, durch massives Gürtelenger-Schnallen die Staatsfinanzen in den Griff zu bekommen, kann man ihm nicht unterstellen.

Kein Finanzminister vor ihm hat mit solcher Rigorosität in Besitzstände eingegriffen, keiner hat die Ministerkollegen derart an die Kandare genommen wie der Sparminister aus Hessen. Die geplanten Ausgaben des Bundes sind in den letzten drei Jahren immer weit hinter dem erwarteten Wachstum der Wirtschaft zurückgeblieben. Auch der beliebte Vorwurf, er hätte die guten Jahre nicht zum Sparen genutzt, ist abwegig: 1999 und 2000 als die Konjunktur lief, sind die staatlichen Defizite deutlich zurückgegangen und Eichel wurde gefeiert.

Was ist schiefgelaufen? Wenn es nach den Advokaten des Stabilitätspaktes bei der EU in Brüssel und bei der Europäischen Zentral-

menschliche Kreislauf sei durch keinerlei Schock aus dem Gleichgewicht zu bringen.

Stellen wir uns vor, die weit modernere Theorie eines noch nicht so lange verstorbenen Briten namens Keynes sei richtiger, wonach der Staat mit seiner Sparsamkeit unmittelbar die Gewinne der Unternehmen reduziert und auf diese Weise die Arbeitslosigkeit, die dem Finanzminister so teuer zu stehen kommt, selbst erzeugt. Dann wäre der Misserfolg des sparsamsten Finanzministers in der deutschen Geschichte leicht zu verstehen: Eichel spart, doch die privaten Haushalte und die Unternehmen sparen auch. Erstere sparen, weil man ihnen jeden Tag erklärt, dass der Staat Leistungen kürzt und sie den Gürtel enger schnallen müssen. Letztere sparen, weil das Eichelsche Sparen ihnen unmittelbar die Geschäfte verdirbt. Ob die Bauunternehmer Arbeiter entlassen, weil die Gemeinden kein Geld für Investitionen haben, oder die Autobauer hohe Rabatte gewähren müssen, weil zu viele Kunden arbeitslos geworden sind, immer ist das Ergebnis in der ersten Runde das gleiche: Wenn die privaten Haushalte ihre Ersparnisse nicht verringern, sinken die Gewinne der Unternehmen exakt um jeden Euro, den Hans Eichel einspart.

Weil die Unternehmen sich aber dagegen wehren und ihrerseits Kosten senken, Arbeitskräfte entlassen oder Pleite gehen, holen die Defizite, die der Finanzminister verhindern wollte, ihn am Ende wieder ein. In letzter Instanz fallen die Schulden immer auf den Staat zurück.

Irgendwann wird der Staat das begreifen und die Schulden akzeptieren. Die Frage ist nur, wieviel Wasser bis dahin der Rhein heruntergeflossen ist und wie viele ruinierte Haushalte und Unternehmen es bis dahin gegeben hat.

Die Unternehmer und die Ökonomie

Das alles ist, wie mehrfach angedeutet, nicht zu verstehen, ohne das Versagen der Fachökonomien. Noch gravierender aber ist, dass in Deutschland die Unternehmer und ihre Verbände sich in Sachen Wirtschaftspolitik dauernd selbst in's Knie schießen. Was passierte wohl in Deutschland, wenn sich die Überzeugung durchsetzte, die vorzuziehende Steuerreform 2005 durch mehr staatliche Schulden zu finanzieren oder mehr öffentliche Investitionen in Gang zu setzen und dafür ebenfalls zusätzliche Kredite aufzunehmen? Bei allem Streit über ökonomische Wirkungszusammenhänge, es könnte doch kein Zweifel darin bestehen, dass die von der Steuersenkung begünstigten Verbraucher das höhere Netto-Einkommen weitgehend in den Verbrauch stecken würden und die öffentlichen Aufträge direkt in die Bücher der deutschen Bauunternehmen flößen. Was wäre die Folge? Der ausgedörrte Einzelhandel bekäme mehr Geld in die Kasse und in der Folge die gesamte Konsumgüterindustrie. Die, wie auch die Bauindustrie, kaufte wieder mehr Maschinen und baute neue Produktionsstätten.

Da die Löhne nicht stärker als sonst steigen würden, und die Unternehmen die Beschäftigung nicht sofort erhöhten, bliebe fast die gesamte zusätzliche Kreditaufnahme des Staates als Gewinn in den Taschen der Unternehmen insgesamt. Die würden im nächsten Schritt natürlich mehr investieren und mehr Arbeitskräfte einstellen. Das ist der Sinn des Ganzen, kommt am Ende aber auch wiederum den Unternehmen zugute, weil nur Unternehmen Investitionsgüter herstellen und die zusätzlich Beschäftigten mehr Güter nachfragen, die nur von Unternehmen hergestellt werden.

Die Zinsen würden nicht steigen, obwohl der Staat mehr Kapital am Markt nachfragt, weil die Unternehmen angesichts höherer Gewinne ihre Verschuldung herunterfahren können und diese Summe folglich nicht mehr nachfragen. Im Grunde wird bei staat-

licher Kreditfinanzierung den Unternehmen nur Geld kostenlos gegeben, was sie sonst am Kapitalmarkt teuer bezahlen müssten. Protestieren würden gegen eine solche Politik aber mit Sicherheit die Unternehmensverbände.

Gegenbuchungen? Fehlanzeige

Dort hat sich seit Jahren die Ideologie festgesetzt, dass jede staatliche Politik von Übel ist. Das gilt nach dieser Doktrin auch für solche Politik, die unmittelbar den Unternehmen zu Gute kommt. Niemand würde von einer staatlichen Nachfragepolitik mehr profitieren als der Unternehmenssektor. Und kein Bereich würde von einer anhaltenden Flaute oder gar von einer Deflation mehr unter Druck gesetzt. Dennoch glauben fast alle Unternehmer viel lieber dem Rat des bekannten und auch als Politikberater beliebten Unternehmensberaters Roland Berger, der die deutsche Wirtschaft in Kürze ruiniert würde. Roland Berger spart nämlich. Er fahre jetzt sein Auto ein Jahr länger und kaufe weniger ein, sagte er der SZ (22. Mai 2003), weil er den Menschen ein Vorbild sein wolle.

Na dann auf zum fröhlichen Sparen: Wir alle kaufen in diesem Jahr kein Auto mehr. Die deutsche Automobilindustrie wird sich freuen, wenn alle dem Vorbild von Berger folgen, weil wir dann endlich solide und zukunftsorientiert sind. Überhaupt, am besten wir kaufen Autos erst dann wieder, wenn es wirklich aufwärts geht, weil wir das Land gründlich reformiert und auf die großen Zukunftsaufgaben eingestellt haben. Leider wird es dann keine deutsche Automobilwirtschaft mehr geben. Das macht aber nichts, weil sich dem Ziel, den die Unternehmen erdrückenden Wohlfahrtsstaat zu zerschlagen, schließlich alles unterordnen muss.

Heiner Flassbeck ist Chef-Ökonom der UNCTAD in Genf. Er vertritt hier seine eigene Meinung. Zur Erläuterung der hier vertretenen Positionen siehe auch: www.flassbeck.de.

¹ So drei Bundestagsabgeordnete der SPD am 12. November 2003 in der Süddeutschen Zeitung.
² Dieser Abschnitt basiert auf einem Artikel, der am 21. Oktober 2003 in Financial Times Deutschland erschienen ist.



E&W NIEDERSACHSEN

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Niedersachsen, Berliner Allee 16,
30175 Hannover, Telefon (05 11) 3 38 04-0,
Fax (05 11) 3 38 04-46, eMail@GEW-Nds.de

Vorsitzender: Eberhard Brandt, Hannover

Verantwortl. Redakteur: Joachim Tiemer, Hildesheim

Redaktion: Dr. Margit Frackmann, Richard Lauenstein,

Hans Lehnert, Brunhild Ostermann,
Jürgen Sonnemann, Horst Vogel

Postanschrift der Redaktion:

EuW, An der Beeke 5 B, 31137 Hildesheim
Fax (0 51 21) 6 52 50

E-Mail: Joachim.Tiemer@t-online.de

Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen (EuW) erscheint monatlich (Doppelausgabe in den Sommerferien). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 7,20 € zzgl. 11,30 € Zustellgebühr (einschl. MwSt.).

Redaktionsschluss ist der 15. des Vormonats. Später eingehende Manuskripte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:

STAMM Verlag GmbH, Goldammerweg 16
45134 Essen, Tel. (02 01) 8 43 00-0
Fax (02 01) 47 25 90

E-Mail: anzeigen@stamm.de

Internet: www.stamm.de

Verantw. für Anzeigen:

Mathias Müller

Gültige Preisliste Nr. 27

vom 1. Januar 2004

Anzeigenschluss am 20. des Vormonats

Gesamtherstellung:

Kornelia Schick

Adlerstr. 8, 31228 Peine

Tel. (0 51 71) 2 42 54, Fax (0 51 71) 92 93 97

Druck: Druckhaus A. Schlaeger GmbH,

Wolterstraße 116, 31224 Peine,

Tel. (0 51 71) 4 00 20, Fax (0 51 71) 1 64 24

ISSN 0170-0723